

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

108 (10.5.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerahmte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Rahmen-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Textes irrt, bei gerichtlicher Beilegung und bei Anzeigen außer Kraft tritt. Erklärungen sind bei der Redaktion zu machen. Die Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikwelt / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,62 Mark, vierteljährlich 3,87 Dfg. Leichter als ohne Zustellung 1,00 Mark o. Durch die Post 2,36 Mark o. Einschreiben 10 Pfennig o. Einschreiben 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellung 2050 Mark o. Geschäftsstelle und Redaktionen: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o. Fernruf 1020/1021 o. Postfach-Mitteln Durck, Hauptstr. 8. B.-Baden, Jagdstraße 12. Redakt. Redaktions- u. Offiziell. Karlsruh. 11.

Nummer 108 Karlsruhe, Dienstag, den 10. Mai 1932 52. Jahrgang

Reichstag ohne Radau

Breitscheid als Sprecher der Sozialdemokratie

Berlin, 9. Mai. (Ein. Draht.) Gehehen Zeitschen und Wunder? Beginnt am Abende der Krise der Parlamentarismus seine Wiederbelebung? Gibt es noch Anstand bei den extremen Parteien? War es nur ein Tag zufälliger Disziplin, der morgen schon wieder in Radau verfinstert oder ist es das Wiedererwachen geistiger Kämpfe im Parlament? Wird der Reichstag wirklich noch einmal eine Bühne politischer Debatten? Die erste Sitzung dieser kurzen Reichstagsession wirft solche Fragen auf.

Bei der Reichstagsitzung vom Montag waren die Nationalsozialisten da, die Deutschnationalen waren da und die Kommunisten auch, und

dieser Dreieck politischer Krawalls hörte den Finanzminister, hörte sogar den Fraktionsredner der Sozialdemokratie so gut wie ohne Zwischenrufe an.

Als Breitscheid keine scharfe gegen rechts, keine aggressive gegen den Nationalsozialisten Rede gehalten hatte, da er keine Nationalsozialisten auf die Tribüne, um den „Novemberverbrecher“ vom Allerheiligsten des Dritten Reichs abzuweihen. Keine Wortmeldung lag vor. Erst die Aufmunterung des Präsidenten brachte einen Kommunisten zum Reden. Welche Reaktionen mögen die Nationalsozialisten aus Mäulchen erhalten haben? Die nächsten Tage müßten doch wohl etwas Licht auf die Ursachen dieser Umwandlungen der Nationalsozialisten zur parlamentarischen Gestalt und zur Entschiedenheit von demagogischen Schimpfwörtern werfen.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

Veränderte die Vorlage des Schuldenentlastungsgesetzes. Es war der höchste niedrige Vortrag des verantwortlichen Finanzmannes. Er versuchte, der Finanzlage des Reiches einige tröstliche Zahlen abzugewinnen. Die schwebende Schuld ist von 1938 Millionen am 31. März 1930 auf 1591 Millionen am 31. März 1932 zurückgegangen. Dieser Rückgang erklärt sich allerdings durch die Umwandlung von schwebender Schuld in fundierte Schuld. Die laufende Schuld betrug Ende des vorigen Jahres 10,2 Milliarden Mark. Sie ist um 300 Millionen zurückgegangen. Der Reichsfinanzminister wies den Vorwurf schlechter Verwaltung in der Republik zurück.

Der allergrößte Teil der Schulden ist durch Kriegsfolgen entstanden.

Nur 1,5 Milliarden Mark der fundierten Schuld und 1,7 Milliarden Mark der unfundierten Schuld hätten andere Ursachen. Diese Summen seien nicht überwältigend. Die Bankentriebe hätte durch das Einziehen des Reichs übermunden werden müssen. Sie habe dem Reich nicht weniger als 200 Millionen Mark Steueranfall gesichert. Wenn das Reich nicht die Banken gestützt hätte, würde ein Zusammenbruch auch der Reichsfinanzen eingetreten sein. Der Reichsfinanzminister begründete schließlich die

Notwendigkeit einer Prämienanleihe zum Ausbau der Arbeitsbeschaffung und des Arbeitsdienstes

Aus laufenden Mitteln sei nichts aufzubringen. Das Haus nahm die Rede schweigend auf.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

Nimmt hierauf das Wort zu einer in jeder Hinsicht vollendeten Rede. Zur allgemeinen Ueberraschung blieben die Nationalsozialisten. Breitscheid begann mit den Forderungen:

Sanierung der Arbeitslosenunterstützung einschließlich der Aufwendungen in den Gemeinden; kein weisere Abbau der Unterstützungsdauer, keine Aufhebung oder Suspendierung der Arbeitslosenversicherung, denn das würde ein entscheidender Schlag gegen die Sozialpolitik sein.

Es müßten neue Einnahmen erschlossen werden. Eine etwaige Sonderabgabe dürfe nicht nur die Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern müsse auch die Selbständigen umfassen.

Nun greift Breitscheid in strenger Sachlichkeit und in glänzender Form die Nationalsozialisten an.

Sie nennen uns Novemberverbrecher. Jawohl! Die Sozialdemokratie hat der Jugend das Wahlrecht gegeben, den Landarbeitern das Koalitionsrecht, den Arbeitslosen Unterstützung. Sie hat Deutschland vor dem Chaos gerettet. Wenn das Verbrechen sind, bekennen wir uns dazu.

Unter demselben Namenkammer des ganzen Landes hieß Breitscheid den Nationalsozialisten ein Kolleg über Parlamentarismus und Demokratie. Die Tatsache, die stärkste Partei im Lande zu sein, gibt noch kein Recht auf Regierung.

Wie oft war die Sozialdemokratie als stärkste Partei außerhalb der Regierungsgemeinschaft.

Zur vollen Höhe einer großen Parlamentsrede erhob sich Breitscheid, als er den Nationalsozialisten die tolle Widerprüge auf allen Seiten ihrer Betätigung antwortete.

Sie sind massenfeindlich, aber sie umschmeicheln dieselben Massen, um sich durch demokratische Mittel an die Macht zu schwingen zur Vernichtung der Demokratie.

Sie wissen nicht, ob das Dritte Reich Monarchie sein soll oder Republik. Sie machen den Antisemitismus zur Grundlage ihrer Agitation und Hitler erklärt gegenüber ausländischen Journalisten,

er sei nicht dafür, daß die Juden weniger Rechte haben sollen als andere Staatsbürger. Außenpolitisch, innenpolitisch, wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch, kulturpolitisch: lauter Widersprüche. Herr Hitler ist ein ganz anderer, wenn er zum Ausland redet, als wenn er in Deutschland vor Volksversammlungen steht. Dreimal haben die Nationalsozialisten sich im Reichstag vor der Abstimmung gegen den Youngvertrag gedrückt, den sie angedeutet zerschellen wollen. Hier

Hessischer Landtag aufgelöst

Eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs wegen Nichtzulassung des wirtschaftsparteilichen Wahlvorschlages

Darmstadt, 9. Mai. (Ein. Draht.) Der Hessische Landtag ist am Montag nachmittag vom Staatsgerichtshof für aufgelöst erklärt worden. Was den mehrfachen Auflösungsanträgen der Nazis und Kommunisten nicht gelungen war, wurde erreicht durch einen Einspruch der heffischen Wirtschaftspartei, die sich wegen Nichtzulassung ihres Wahlvorschlages durch den Wahlprüfungsausschuss benachteiligt fühlte.

Ueber diesen Einspruch wurde am Montag vor dem Staatsgerichtshof verhandelt. Die Nichtzulassung des wirtschaftsparteilichen Wahlvorschlages war erfolgt, weil 54 von 500 erforderlichen Unterschriften ungenügend waren. Der Staatsgerichtshof, der sich aus 5 Berufsrichtern und 8 Parlamentariern zusammensetzt, von letzteren fehlte

einer, war der Ansicht, daß die Wirtschaftspartei, die im Jahre 1930 bei den Reichstagswahlen in Hessen 17 000 Stimmen aufgebracht hatte, zwar nicht, wie die letzter schon im Landtag vertretenen Parteien nur 20 Unterschriften zur Glaubhaftmachung aufzubringen habe, daß aber die restlichen 446 gültigen Unterschriften nicht einfach vom Wahlprüfungsausschuss ignoriert werden dürften, da sie für die Glaubhaftmachung genügend zeugten. Durch die Ablehnung dieses Wahlvorschlages seien wesentliche Vorschriften des Wahlverfahrens und Wahlprüfungsausschusses nicht berücksichtigt geblieben.

Mit diesem Beschluß des Staatsgerichtshofs gilt der Landtag als aufgelöst. Nach der Verfassung müssen innerhalb zwei Monaten, das ist spätestens am 3. Juli, Neuwahlen stattfinden.

W. B. Darmstadt, 9. Mai. Das heffische Gesamtministerium hat heute abend für die Neuwahlen zum heffischen Landtag den 3. Juli bestimmt.

Tardieu's Rücktrittserklärung

Auswirkungen des Linksruckes in Frankreich

Die endgültige Statistik über das Ergebnis der Wahlen in Frankreich und Algerien mit den Gewinn- und Verlustziffern zeigt folgendes Bild:

	Mandate	Gewinn	Verlust
Sozialisten	129	17	—
Radikale	157	48	—
Sozialrepublikaner	37	5	—
Unabhängige Kommunisten	11	6	—
Unabhängige Radikale	62	—	28
Linksrepublikaner	72	—	29
Katholische Demokraten	16	—	3
Unabhängige Republikaner	28	2	—
Nationalistische Gruppe Marit	76	—	14
Konervative	5	—	3
Kommunisten	12	2	—

Da die Sozialisten noch ein Mandat in der Kolonie Martinique erhalten haben, beträgt ihre Gesamtmandatszahl 130. Der einwandfreie Sieg der Linksparteien beim zweiten Wahlgang wird damit festgestellt.

Die Regierung Tardieu hat am Montag beschlossen, dem neuen Staatspräsidenten sofort ihre Demission zu überreichen und ihn zu bitten, das Kabinett nicht wieder in sein Amt einzusetzen. Die alte Kammer, auf die sich Tardieu stützte, bleibt verfassungsmäßig noch bis zum 31. Mai in Funktion. Der neue Präsident wird daher die Demission der Regierung Tardieu zwar annehmen, aber die Regierung bitten, bis nach dem Zusammentritt der neuen Kammer die Geschäfte weiter zu führen. Das schließt nicht aus, daß schon vor dem 1. Juni offizielle Besprechungen zwischen dem Staatspräsidenten und den Parteiführern stattfinden, die die Bildung der neuen Regierung beschleunigen.

Die Dinge werden sich, wie ein Mitteil des Exekutivkomitees der Radikalen Partei dem Pariser Korrespondenten des Sos. Pressebüros erklärte, aller Wahrscheinlichkeit nach folgendermaßen abspielen: Da die Radikale die stärkste Kammerfraktion geworden sind, wird der Staatspräsident Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragt. Die Radikalen werden dann ein Regierungsprogramm ausarbeiten, das sie allen Links- und Mittelparteien unterbreiten werden.

Die Sozialisten, die vom 29. Mai bis 2. Juni in Paris ihren Landeskongress abhalten, werden dann darüber zu entscheiden haben, ob sie dieses Programm annehmen können oder nicht. Je nach der Antwort der Sozialisten wird Herriot ein Linkskabinett oder ein Konzentrationskabinett bilden.

Doumer nicht im Pantheon

Paris, 9. Mai. (Ein. Draht.) Auf Wunsch der Witwe Doumers wird die Leiche des ermordeten Präsidenten nicht im Pantheon, sondern in der Familiengruft in Paris beigesetzt werden. Der Leichenzug wird sich nach der kirchlichen Feier trotzdem zum Pan-

theon begeben, wo die Leiche auf einen Katafalk gestellt wird, vor dem der Ministerpräsident die Trauerrede hält und die Truppen der Pariser Garnison vorbeiziehen. Im Anschluß daran wird die Beisetzung in der Familiengruft erfolgen.

Lebrun wird Präsident von Frankreich

Painlevé zieht seine Kandidatur zurück

Paris, 9. Mai. Painlevé hat seine Kandidatur für die Präsidentschaft zurückgezogen.

Painlevé hat folgende Erklärung abgegeben: Viele Abgeordnete, die den Wunsch hegen, jeden etwaigen Zwiespalt zwischen dem von der scheidenden Kammer zu wählenden Präsidenten und der neu gewählten Kammer zu vermeiden, hatten Painlevé inständig ersucht, seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik zu stellen, um den Übergang von einer Kammer zur andern zu erleichtern. Diese Erwägung scheint jedoch von zahlreichen Republikanern des Senats nicht geteilt zu werden, denen es vor allem darauf ankommt, eine Doppelpatridatur zu vermeiden. Paul Painlevé teilte deshalb heute abend seinen Freunden mit, daß er nicht kandidieren werde.

Es besteht sonach nur noch die Einheitskandidatur Lebrun.



Senatspräsident Lebrun wird Nachfolger Doumers

Albert Lebrun, der 1931 als Nachfolger Doumers zum Senatspräsidenten gewählt wurde, ist jetzt der Kandidat für das durch den Tod Doumers verfallene Amt des Staatspräsidenten von Frankreich.

verluchten die Nationalsozialisten einen Augenblick aufzubehalten. Aber Tatsachen sind schließlich selbst von diesen politischen Verwandlungskünstlern nicht hinwegzusaubern.

Sehr ernst ermahnte Breitscheid die Reichsregierung, nicht etwa zu glauben, daß die kommunistische Gottlosenbewegung durch Notverordnungen zu erlebigen sei.

Die Sozialdemokratie beharre auf ihrem Standpunkt, daß die Religion Privatangelegenheit jedes Sozialdemokraten sei. Sie lehnt die Form der kommunistischen Gottlosenbewegung durchaus ab, aber sie verkennt nicht, daß diese kommunistische Aktion ihren Nährboden in der Verzweiflung hat, die vielen Menschen den Glauben an alles nehme.

Abschließend erklärt Breitscheid: Wir haben das SA-Verbot für dringend notwendig gehalten. (Sehr wahr! bei den Sos.) Es geht nicht an, daß ein politischer Führer eine Privatarmee aufzieht. (Wsa. Frid, Nat. Sos.: Und das Reichsbanner?) Das Reichsbanner hat niemals auf den Tod der Großmutter gewartet wie Sie, Herr Frid. (Heiterkeit.)

Das Reichsbanner war nicht gegen den Staat, sondern es hat diesen Staat geschützt. Der Reichsregierung muß man allerdings dringend raten, sich mehr als bisher mit der Rechtspflege in Deutschland zu beschäftigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sos.) Wir sind der Meinung, daß

die Richter der Republik, die ihren Eid auf die Verfassung abgelegt haben, gleichzeitig die Pflicht haben, die Verfassung und die Republik gegen Angriffe wirksamer zu schützen, als es geschieht. (Lebhafte Beifall bei den Sos.)

Zunächst sind außenpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Not erforderlich. Deutschland kann

keine Reparationen zahlen. Ich hoffe, daß der Wille zur Verständigung auf der Gegenseite nach dem erfreulichen gestrigen Ausgang der französischen Wahlen größer sein wird als bisher. Soweit wir an dem Versailler Vertrag ausscheiden haben — in einem Punkt wünschen wir seine Erfüllung, nämlich in dem Punkt, daß auch die anderen

abzurufen haben. Allerdings soll man das mutmaßliche Ergebnis von Louanne nicht überschätzen. Im Innern haben wir ebenfalls wichtige Aufgaben. Es muß alles geschehen, was in den Kräften der Regierung und des Parlaments steht, um den auf der Straße Liegenden und Hungernden endlich wieder Arbeitsmöglichkeit zu schaffen.

Sorgt für Arbeit, sorgt mehr dafür, als ihr es bisher getan habt! Seht die Arbeiter, die in den letzten Monaten unter schwersten Opfern für den Staat und für Hindenburg eingetreten sind! Diese Arbeiter haben ein Recht darauf, daß dieser Staat zu einem Staat des arbeitenden Volkes ausgestaltet wird.

Breitscheid schloß zum Reichskanzler gewandt: Die Arbeiter haben den Staat verteidigt. Nun sorgt ihr für Arbeit. Der Staat darf die Arbeiter nicht veranlassen. Der Kapitalismus ist mit keiner Weisheit am Ende. Nicht zurück zu einem mittelalterlichen Ständestaat ist die Lösung, sondern: Vorwärts zum Sozialismus!

Endlich einmal hat der Reichstag einen würdigen Tag erlebt und da wirkt ein Mann wie Breitscheid als Träger großer geistiger Werte nicht nur als Vertreter der Arbeiterklasse, sondern der ganzen Nation. Und die Nationalsozialisten? Sie mandatierten ausweichend.

Wsa. Dr. Frid wollte durchaus, daß nach dem Kommunisten-Schneller die Sitzung abgebrochen werde. Das Haus ist ihm den Gefallen nicht. So mußte denn der sogenannte Finanzsachverständige der nationalsozialistischen Fraktion, Herr Reinhardt, an das Rednerpult. Er hielt eine von Sachlichkeit arabesque strotzende Rede, womit nicht gejagt sein soll, daß sein Manuskript daselbe Maß von Sachkunde gehabt hätte. Er predigte auf den Reichsfinanzminister ein. Kaum ein Zufall aus dem Hause, keinerlei Beifallsstundgebungen aus seiner Fraktion, betonteste Vornehmheit im Hause Hitler. Als am Schluß die Drohung kam, daß die Nationalsozialisten die verfassungswidrige Regierung Brüning und mit ihr wohl Herrn von Hindenburg auf Grund des Artikels 59 der Reichsverfassung vor den Staatsgerichtshof stellen will, drohte zwar der Beifallssturm aus dem rechten Betrachterwinkel des Hauses, aber aufrege war der Augenblick für niemanden.

Die große Sensation der Sitzung blieb: Reichstag ohne Radan.

Deutscher Dollarkredit verlängert

Basel, 9. Mai. (Eig. Draht). Der Verwaltungsrat der B. Z. B. erneuerte am Montag den Kredit an die Reichsbank um Betrag von 90 Millionen Dollar. Reichsbankpräsident Dr. Baumbach forderte im Verlauf der Verhandlungen einen für Deutschland günstigeren Zinsfuß. Gegenwärtig beträgt er 6 Prozent. Der Forderung Deutschlands soll in Verhandlungen zwischen der Bank von Frankreich, der Bank von England, der Federal Reservebank und der Reichsbank entgegengebracht werden.

Schweizerischer Protest gegen deutsche Ausreisebestimmungen

Basel, 9. Mai. Aus Bern wird gemeldet, daß der Verwaltungsrat des Kantons Bern beim Schweizerischen Bundesrat ein Verlangen gestellt hat, daß die von der Reichsregierung erlassenen Ausreisestimmungen, die eine Erleichterung des Ausreisens in die Schweiz bedeuteten und geeignet seien, die Interessen der Schweizer, insbesondere des Berner Oberlandes, zu beeinträchtigen. Diesem Schweizerischen Protest gegenüber ist festzustellen, daß die deutschen Maßnahmen in keiner Weise gegen die Schweiz, sondern andere Reichsdeutschen besuchte ausländische Gebiete gerichtet sind, sondern lediglich dem unumgänglich notwendigen Schutz der deutschen Währung dienen sollen.

Militärabkommen der Kleinen Entente

Bratislava, 9. Mai. Im Außenministerium wurde ein neues Militärabkommen der Kleinen Entente vom 2. und 3. Mai zwischen den Außenministern der rumänischen Generallieutenant, des tschechosslowakischen und dem südbanischen Generallieutenant unterzeichnet. Der Vertrag soll gleichzeitig auch in Prag und Belgrad unterzeichnet worden sein.

Sowjetrussischer Millionenkredit für die Türkei

Moskau, 9. Mai. Laut Mitteilung der Telegrammen-Agentur der Sowjetunion hatten der türkische Ministerpräsident Ismet Paşa und Außenminister Cemal Paşa in Genäve während ihres Aufenthalts in der Sowjetunion wiederholt sehr eingehende Unterredungen mit allen verantwortlichen Leitern der Sowjetunion, in deren Verlauf sich die praktische Möglichkeit einer wirkungsvollen Fühlnahme zwischen beiden Ländern ergab. Die Sowjetregierung erklärte der Türkei ein langfristigen Kredit in Höhe von 8 Millionen Dollar, der der Türkei den Ankauf russischer Maschinen ermöglichen soll und der Türkei in Jahresraten in Natura abgezahlt werden soll.

Deutsche Justiz

Was deutsche Richter fertig bringen

Das Schöffengericht Chemnitz verurteilte einen nationalsozialistischen Handwerksmeister wegen großer Verleumdung des verstorbenen Reichsinnenministers Stresemann auf 50 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte hatte im November vergangenen Jahres in einem Nachfoler den verstorbenen Minister einen „Stromer, Vaterlandsverräter und Lumpen“ genannt.

Es ist bis jetzt nichts davon bekannt geworden, daß die Staatsanwaltschaft gegen dieses, allem Rechtsempfinden hohen Vergehen Urteil Berufung einlegen wird.

Das Schöffengericht Schwabmünchen sprach den Reichsbannerführer Alting aus Saarau von der Anklage des Dolchstoßes frei, verurteilte ihn jedoch wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 15 Monaten Gefängnis.

Alting hatte bei einem Zusammenstoß in Saarau am 19. Februar gegenüber einem zahlenmäßig weit überlegenen Nationalsozialisten in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch gemacht, den Führer Feder aus Schwabmünchen erschossen und zwei SA-Leute ebenfalls verletzt. Das Gericht erkannte an, daß Alting in Notwehr gehandelt hat.

Wie sich aus dem Gang der Verhandlung mit aller Deutlichkeit ergab, ist der blutige Ausgang der Saarauer Vorfälle im wesentlichen auf das Schuldlosentwerden Nasis zu buchen. Schwabmünder SA-Leute sogen nach der Auffassung einer nationalsozialistischen Betriebszellenleitung in lofen Trupps durch die Stadt. Am Ring fielen sie über etwa 15 bis 20 Arbeiter her, unter denen sich auch Alting befand. Alting lief in die Korrespondenzstraße, wurde dort aber von SA-Leuten eingeholt und mißhandelt. Als die Lage für ihn bedrohlich wurde, griff er zur Schußwaffe.

Nazi und Richter

Eine Lehre für die Republik

Neustrelitz, 9. Mai. (SP.) Die Nazi-Regierung von Mecklenburg-Strelitz hat den Oberstaatsanwalt Dr. Weber mit sofortiger Wirkung seines Amtes entbunden und ihn als Landgerichtsrat an das Landgericht Neustrelitz versetzt. Weber, ein politisch niemals hervorgetreten ist, gilt als Republikaner. Er ist besonders durch den Jakobowski-Prozess bekannt geworden. Zu seinem Nachfolger hat die Strelitzer Nazi-Regierung den rechtsstehenden Obergerichtsrat Jürgens zum Oberstaatsanwalt ernannt.

Somit hört man immer, gegen Richter gehe es keine Hand. Habe seitens der Regierung. Die Nazi zeigen, daß es anders geht — wenn es sich um republikanische Richter handelt.

Nazibettelbriefe

„Arbeiterpartei“ und ehem. heftiger Großherzog Frankfurt a. M., 9. Mai. (SP.) Aus einem Urteil des Reichsgerichts (Unterstützungs- und Schlichtungs-Ausschuss) des Gauwes Hesse (N. D. M. P.), das, wie jetzt bekannt wird, im Sommer 1931 in der Veranlassung Nazi-Feders gegen zwei Darmstädter Nazi-Führer erging, geht hervor, daß jeder im Gebiet des Gauwes Hesse, der Verbindungen mit Wirtschaftsführern und sonstigen prominenten Persönlichkeiten gesucht hat, die zum Teil alles andere als Nationalsozialisten sind. Zweck dieser Verbindungen war, die betreffenden Persönlichkeiten um Geld für die Nazibewegung anzufordern. Bestellte Feder für die „Arbeiterpartei“ nicht nur bei dem ehemaligen Großherzog von Hesse, sondern auch bei demokratischen freimaurerischen Fabrikanten um Geld.

„Gemeinnutz vor Eigennutz“

Das Berliner Bezirksamt Treptow hat den Stabsfeldwebel Gähler, einer der mildeften Nationalsozialisten im Bezirk Treptow, fristlos entlassen. Gähler hat eine von ihm betreute Wohlfahrtskassenleiterin um 800 Mark geklaut und die Stadt betrogen.

Schützt die Arbeitslosen!

Leiparts Forderung an den Kanzler

Die Arbeitslosenversicherung ist bedroht. Von drei Seiten hat der Sturm gegen sie eingeleht. Vom Städtetag, vom Reichsfinanzministerium und von den Arbeitgebern. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, hat deshalb am Montag an den Reichskanzler folgenden Brief gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Wie uns bekannt geworden ist, beschäftigt sich das Reichskabinett in diesen Tagen unter anderem mit der Frage der Neuordnung der Arbeitslosenversicherung. Die Entscheidungen, die hier zur Erörterung stehen, sind für die Gewerkschaften von so außerordentlicher Bedeutung, daß ich nicht veräumen möchte, in letzter Stunde unseren Standpunkt zu dieser Frage nochmals darzulegen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß eine Zusammenlegung der Kassen für die Arbeitslosenversicherung, soweit sie die Betreuung der Wohlfahrtslosen betreffen, erfolgen muß. Daß wir die Schaffung einer solchen Arbeitslosenversicherung neben der Arbeitslosenversicherung nicht auf dem untersten Niveau, nämlich der Wohlfahrtskasse, durchgeführt wissen wollen, ist der Reichsregierung durch unsere wiederholten Kundgebungen bekannt. Eine mindestens gleiche Bedeutung müssen wir aber unserer immer wieder erhobenen Forderung nach Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung heute noch kein tadelloser Grund. Es besteht unseres Erachtens auch heute noch kein tadelloser Grund, die Versicherung zu Gunsten einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung zu befehlen, vielmehr besteht nach wie vor die Verpflichtung, dem beträchtlichen Beitragsaufkommen, aus dem heute die Versicherung ausschließlich finanziert wird, auch Rechte gegenüberzustellen, die über den Anspruch eines Fürsorgeempfängers hinausgehen.

Wir würden es deshalb als eine große Ungerechtigkeit ansehen müssen, wenn etwa zu Gunsten der im übrigen zweifellos gewaltig überschätzten und übertriebenen Ersparnismaßnahmen die Reichsregierung auf Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung verzichtete.

Rückgang der Arbeitslosenziffer

BR. Berlin, 9. Mai. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 30. April 1932 ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 197 000 auf 5 737 000 zurückgegangen. In der ersten Aprilhälfte war ein Rückgang um etwa 100 000 zu verzeichnen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung beträgt nunmehr 1 232 000 (15. April 1932: 1 347 000), in der Kassenfürsorge 1 675 000 (1 721 000) und in der Wohlfahrtsfürsorge schätzungsweise 2 Millionen.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Ueber die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Südwestdeutschland wird mitgeteilt:

Durch langsam fortschreitende Arbeitsaufnahme in den Außenberufen wurde der südwestdeutsche Arbeitsmarkt in der zweiten Hälfte des April um weitere 12 458 arbeitsuchende Personen entlastet. Seit Beginn der Frühjahrsoberlegung beträgt die Abnahme nunmehr erst rund 26 000 Arbeitsuchende, während in früheren Jahren bei niedrigerem Niveau der Arbeitslosigkeit immer eine weit größere Zahl von Arbeitslosen in den Monaten März und April wieder Beschäftigung fand. Die Gruppen Textilindustrie, Theater und Musik und Anstelltenberufe wiesen in der Berichtszeit sogar noch steigende Arbeitslosenzahlen auf. Am 30. April d. J. waren bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern 325 818 Personen als Arbeitsuchende voranmerkt; davon kamen 133 404 auf Württemberg und 192 414 auf Baden. Von den Arbeitsuchenden waren 311 325 als arbeitslos anzusehen, und zwar 125 707 in Württemberg und 185 618 in Baden.

Die Entlastung der Unterstützungsanstalten betrug in der Arbeitslosenversicherung 8054 und in der Kassenfürsorge 409 Hauptunterstützungsempfänger. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern war nach der Statistik der Arbeitsämter am 30. April 1932 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 83 277 Personen (58 216 Männer, 25 054 Frauen), in der Kassenfürsorge 95 693 Personen (68 628 Männer, 15 065 Frauen). Die Gesamtzahl

Deutschnationale gegen 40 Stundenwoche

BR. Berlin, 9. Mai. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat beantragt, die internationalen Schritte zu tun, um Danzigs Schutz gegen die Bedrohung durch Polen zu sichern, das Memelgebiet zum Reich zurückzuführen, grundsätzlich die Revision der Diktanden einzuleiten.

Ein weiterer Antrag der Deutschnationalen fordert, von der Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden und von dem Verbot jeder Mehrarbeit über 48 Stunden hinaus abzusehen.

So sehen die Freunde der Nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei aus!

Beileidstelegramme zum Ableben Albert Thomas

BR. Berlin, 9. Mai. Reichskanzler Brüning hat anlässlich des Todes von Albert Thomas dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Butler, in einem Telegramm die Anteilnahme der Reichsregierung ausgesprochen.

Reichsarbeitsminister Stegerwald hat an Frau Thomas, an den Präsidenten des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes und an Direktor Butler Beileidstelegramme gerichtet.

der Unterstützten ist weiter um 8463 Personen oder um 4,4 v. H. nämlich von 190 426 Personen (150 167 Männer und 40 259 Frauen) auf 181 963 Personen (141 844 Männer, 40 119 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 76 252 gegen 81 992 auf Baden 105 711 gegen 108 343 am 15. April 1932.

Im Gesamtbesitz des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 30. April 1932 auf 1000 Einwohner 35,2 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Kassenfürsorge gegen 30,2 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dazu kamen noch rund 66 000 (d. i. 13,1 vom Tausend der Bevölkerung) in der öffentlichen Fürsorge unterstützte Wohlfahrtskassenbesitzer, deren Zahl nach immer eine aufsteigende Kurve zeigt.

Naziowdy wegen Landfriedensbruch verurteilt

BR. Großenhain, 10. Mai. Nach Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten am 28. April rotierten sich am 29. April zahlreiche Nationalsozialisten zusammen. Das Dresdener Schöffengericht verurteilte gestern den Hauptangeklagten unter Verurteilung mit der Umstände zu 1 Jahr Zuchthaus und 4 andere Nationalsozialisten wegen einfachen Auftrubs zu Gefängnis von 6 bis 9 Monaten.

Die Schwenkung der Germania

Die Arbeits-Aktionäre des Berliner Zentrumsblattes Germania die Herren Kopen und Richter, haben als neuen Chefredakteur des Blattes den Herausgeber der katholischen Wochenzeitung Der Deutsche Weg Emil Ritter bestimmt. Ritter, der am 7. Dezember 1881 in Frankfurt a. M. geboren wurde, ist in sein neues Amt bereits eingeführt worden. Er übernimmt die Chefredaktion der Germania jedoch endgültig erst am 1. August. Bis dahin wird er von München-Clubnach aus von Fall zu Fall mit Artikeln in der Germania hervortreten.

Ritter ist bisher politisch wenig hervorgetreten. In der von ihm geleiteten Zeitschrift wird jedoch der konservative Gedanke besonders gepflegt. Eine ähnliche Tendenz dürfte deshalb in Zukunft auch in der Germania anzutreffen sein. Damit ist an der von den rechtsstehenden Mehrheitsaktionären erprobten Richtungsänderung des Zentrumsblattes wohl nicht mehr zu zweifeln.

Freistaat Baden

„Ein Prozeß, der keine Klarheit bringt“

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Zu dem unter dieser Überschrift in der nationalsozialistischen Tageszeitung „Der Führer“ (Folge 112 vom 8. Mai 1932) und in seinem Kopfbild „Der Altmann“ (Folge 112 vom gleichen Datum) erschienenen Artikel wird amtlich mitgeteilt: In dem genannten Artikel, der einen Bericht über den Verlauf des Strafverfahrens gegen den Hauptschriftleiter Dr. Wacker vor dem Schöffengericht Karlsruhe am 7. Mai 1932 darstellt, wird u. a. ausgeführt:

„Zweiter Beweisantrag abgelehnt. Rechtsanwalt Rupp stellt erneut einen Beweisantrag auf Vernehmung des Staatspräsidenten Dr. Schmitt, Kultusminister Dr. Baumgartner, Innenminister Maier, Abg. Reinhold

zwecks Auskunft darüber, daß in Karlsruhe Besprechungen stattgefunden haben, in denen separatistische Bestrebungen erörtert wurden. Der Gewährsmann dafür sei zuverlässig, so daß dieser Beweisantrag mit gutem Gewissen gestellt werden könne.“

In diesem Antrag wird den genannten Personen, darunter drei Mitgliedern der badischen Staatsregierung, in kaum verhüllter Form der Vorwurf separatistischer Bestrebungen gemacht. Aus der in besonders auffälliger Weise ausgeschalteten Überschrift des Artikels „Haupt-Beweisanträge abgelehnt“ und aus dem Text der Mitteilung geht zweifellos hervor, daß die Schriftleitung sich diesen Vorwurf zu eigen macht.

Es handelt sich hier um eine völlig haltlose Verdächtigung. Die genannten Personen erklären übereinstimmend, daß sie nie an separatistischen Bestrebungen teilgenommen haben, in denen separatistische Bestrebungen erörtert wurden.

Auf Grund des § 1 der 2. Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausbreitungen sind der Führer und der Altmann zur Aufnahme der obigen amtlichen Entgegnung auf ihre Ausführungen angefordert worden.

Einfuhrverbot für Würstchen aus dem Ausland

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Die Einfuhr von Fleisch in luftdicht verschlossenen Büchsen oder ähnlichen Gefäßen, von Würsten und sonstigen Gemengen aus zerhacktem Fleisch in das Zollinland ist nach § 12 des Reichsfleischbeschutzes verboten. Dieses Verbot ist zum Schutze der Gesundheit der Bevölkerung erlassen worden, da eine ausreichende Untersuchung zerlegener Fleischmengen, insbesondere der Schweinefleisch enthaltenden Würste usw. auf das Vorhandensein von Trichinen nicht möglich ist und daher mit dem Genuß solcher Fleischwaren stets die Gefahr von Gesundheitschädigungen verbunden ist. Nach den gemachten Wahrnehmungen wird das Einfuhrverbot nicht beachtet. In diesen Fällen handelt es sich in der Regel um Sendungen, die Würstchen enthalten und an im Inland wohnende Empfänger als Geschenk aus dem Ausland geschickt werden. Praktisch zur Einfuhr in das Zollinland sind zugelassene Sendungen müssen gegebenenfalls von den Zollbehörden zurückgewiesen und auf Kosten des Empfängers nach dem Ausland zurückgeschickt werden.

Abgesehen davon, daß dem Empfänger die ihm zugesandten Würstchen gleichwohl nicht ausgereicht werden können, hat er dazu noch die Kosten ihrer Rückführung an den Herkunftsort zu tragen. Zur Vermeidung von Unkosten und Weisungen empfiehlt es sich daher, daß diejenigen, die solche Sendungen von ihren Angehörigen oder Geschäftsfreunden im Ausland etwa zu erwarten haben, diese auf das bestehende Einfuhrverbot besonders aufmerksam machen und sie anhalten, künftig von der Zufuhr von Fleischwaren, die dem Einfuhrverbot unterliegen, Abstand nehmen zu wollen.

Das Ende der „Schwäbischen Demokraten“

Württembergische Demokraten unterhandeln mit Nazi

Aus Stuttgart erhalten wir folgende Zuschrift: Die württembergischen Demokraten sind mit einer parteiamtlichen Erklärung an die Öffentlichkeit getreten, aus der die Verlegenheit über den peinlichen Einbruch ihrer bisherigen zweideutigen Haltung in der Frage der Regierungsbildung deutlich erkennbar ist. Sie verkünden, daß sie sich nur darauf festgelegt haben, den Nationalsozialisten den Anspruch auf das Landtagspräsidium auszusprechen — was vor einer Entscheidung in der Koalitionsfrage selbst noch sehr vorzuziehen war —, daß dagegen die weitergehenden Besprechungen über die Regierungsbildung, welche in sofortigem Anschluß an die Landtagswahl von Seiten einer großen Partei angebahnt wurden, von dieser in der Zwischenzeit nicht fortgeführt werden sind, so daß für die demokratische Partei an einer parteiamtlichen Stellungnahme zu den ihren Vertretern unterbreiteten Vorschlägen noch kein Anlaß war.“

Diese Erklärung bestärkt alles, was bisher über die Haltung der Demokraten mitgeteilt wurde. Die „große Partei“ war, wie festgestellt, nicht das Zentrum, zu dem die Demokraten bisher im Koalitionsverhältnis standen, sondern es waren die Nationalsozialisten. Deren „Vorschläge“ wurden von den Demokraten nicht lediglich entgegengenommen, sondern es wurde verhandelt, was ja schon aus der Zusicherung der Demokraten in der Frage des Landtagspräsidiums hervorgeht. Wenn es zu weiteren Festlegungen nicht kam, so geschah es nicht, weil die Demokraten sie ablehnten hätten, sondern weil der andere Partner die Verhandlungen zunächst nicht fortsetzte hat. Das Gefühl für politische Sauberkeit im Sinne einer grundsätzlich demokratischen und antifaschistischen Politik hat sich also bei den württembergischen Demokraten bis jetzt nur negativ äußern können. Hoffentlich finden sie noch den Weg dazu, es auch positiv zu äußern.

Regierungsrat ohne Amtspflicht

Antwort, Herr Hille!

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Braunschweigischen Landtag folgende Anfrage eingebracht: „Der braunschweigische Regierungsrat hat in einer Rede erklärt, daß seine SL und SS nicht helfen würden, die Grenzen zu verteidigen, so lange das System Weimars in Deutschland herrsche, und daß die Auflösung seiner SL und SS auf Druck Frankreichs erfolgt sei. Als die Weimarer Regierung wurde, hat Hille ein Disziplinerverfahren gegen sich beantragt. Wir fragen: 1. Befindet sich Regierungsrat Hille noch in braunschweigischem Staatsdienst? 2. Wenn ja, ist das Disziplinerverfahren bereits eröffnet worden, und welchen Verlauf hat es genommen? 3. Warum macht der Regierungsrat Hille keinen Dienst?“

Reichsarbeitsminister u. Schlichter

Die Karlsruher Gemeindearbeiter nehmen Stellung zu den ewigen Lohnabbautreibereien

In der am letzten Freitag stattgefundenen Gemeindearbeiterversammlung, die im Lokal zum Volkshaus tagte, berichtete Kollege Koch über den gegenwärtigen Stand der Lohn- und Tariffragen, wobei er u. a. ausführte:

Was die Tariffrage betrifft, kann gesagt werden, daß die Verhandlungen über den Reichsmantelarifvertrag zu einer Vereinbarung geführt haben, die eine Verlängerung der Verträge, — allerdings nur bis zum 30. Juni 1932 — voraussetzt. Somit wäre ein zweimonatiger Waffenstillstand auf dem Gebiete der Vertragsverhandlungen eingetreten.

Was soll mit den Löhnen werden? In der Zeitschrift „Weg und Arbeit“, Heft vom 22. April 1932, behandelt der Reichsarbeitsminister die brennende Frage. Aus diesem Artikel ist zwar die persönliche Meinung des Reichsarbeitsministers zum Ausdruck gebracht. Wenn wir uns aber die Entscheidungen der Landeslichter etwas näher betrachten, so wird hier in der entscheidenden Praxis das Gegenteil von dem ausgeführt, was der Reichsarbeitsminister in seinem oben zitierten Aufsatz in der Theorie sagt. Sollte es wirklich so sein, daß die Landeslichter, gegen den Willen ihres Chefs Entscheidungen treffen, nur um bei den Unternehmern Gefallen zu finden? Warten wir ab, was sich in den nächsten Tagen alles zeigt. Wir werden alsdann Gelegenheit haben, konsultieren zu können, ob die Stellung des Reichsarbeitsministers in seinem Aufsatz in der Zeitschrift „Weg und Arbeit“ nur theoretische Floskeln sind, oder ob er ernstlich gewillt ist, seinen Worten die Taten folgen zu lassen. Wird er sich zum Letzteren entschließen, dann müßte er mit seinen Landeslichtern ein ernstes Wort reden.

Der Schlichter für Süddeutschland, der seinen Sitz in Karlsruhe hat, füllte am Dienstag, den 3. Mai, auf Verlangen der badischen Textilbranche einen Schiedsbericht gegen die badische Textilarbeiter, der eine Ungeuerlichkeit sondergleichen darstellt. Dieser badische Schiedsbericht kann zum Verhängnis für die gesamte Textilarbeiterschaft werden, falls er Rechtskraft bekommen sollte. Dieser Schiedsbericht sieht Löhne vor, die sieben bis zwölf Pfennig pro Stunde unter denen anderer Bezirke in Deutschland liegen.

Da die Verbindlichkeitserklärung nur vom Reichsarbeitsminister ausgesprochen werden kann, wird Herr Siegerwald auf seine in aller Öffentlichkeit gestellten Fragen, daß er eine erneute allgemeine Lohnsentung nicht für tragbar hält, Antwort geben müssen. Es wird sich bei der Behandlung dieser Fragen zeigen, ob er zu seinen Worten steht.

In dem bereits angeführten Artikel sagt Herr Siegerwald weiter: „Die Arbeitgeber begründen ihre Forderung auf weitere Lohnsentung damit, daß infolge erhöhter Zinsen, Steuern und Soziallasten immer noch ein Mißverhältnis zwischen Kosten-Erlösen der deutschen Wirtschaft besteht, das nur durch Verabminderung der Personalkosten ausgeglichen werden könne. Eine solche wäre keineswegs zur Vermeidung der Kaufkraft, sondern würde die Kapitalaufkraft auf Kosten der Konsumkraft, was zur Aufrechterhaltung der Betriebe unerlässlich ist.“

„Ich glaube nicht“, sagt Herr Siegerwald, „daß diese Auffassung, die unter anderen wirtschaftlichen und psychologischen Umständen richtig sein mag, die gegenwärtige Situation zureichend kennzeichnet.“

Dieser Auffassung kann man sich ohnehin anschließen. Die vom Reichsarbeitsminister geäußerten Bedenken gegenüber einer weiteren Senkung des Lohnniveaus werden noch gestärkt, wenn man noch vom sozialen Standpunkt aus die Dinge betrachtet. Eines steht fest, daß der Kaufkraftverlust, den die Preisentwertung der vier letzten Jahre mit sich gebracht hat, durch die Preisentwertung des Lohnes keineswegs voll ausgeglichen ist. Es kommt weiter hinzu, daß die daraus erwachene Mißbilligung immer noch im vollen Maße besteht. Es dürfte nicht viele Arbeiterfamilien geben, die nicht durch Kurzarbeit durch Wegfall der Gelegenheits- und Nebenarbeiten oder durch Unterstützungspflichtige schwere Einbußen erleiden.

Können noch eine allgemeine Lohnsentung oder eine neue Lohnmindernng, so weiß ich nicht, auf wiederum der Reichsarbeitsminister, ob nicht die Grenze des Tragbaren überschritten würde.

Wird diese Stellung des Reichsarbeitsministers den Unternehmern gefallen? Werden sie zugeben, daß diese von ihm aufgestellten Thesen das Richtige treffen? Werden sie deshalb von den vorerwähnten Forderungen im Hinblick auf die ungeheure Notlage, die die Arbeiterklasse zur Verzweiflung treibt, Abstand nehmen?

Eher wird ein Kamel durch ein Nadelohr gehen, als daß die profitierbaren Unternehmer von ihrem Standpunkt der gewalttätigen Lohnhölle Abstand nehmen werden. Daß die Hebung der Kaufkraft auch zugleich eine Steigerung des Umlages herbeiführt, und dadurch die Produktionsmittel in Gang gesetzt werden können, läßt der hure Sinn der Unternehmer nicht zu. Sie sind von ihrem Vernichtungswillen gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen nicht abzubringen. Der Kampf in der brutalen Lohnhölle wird ihnen dadurch erleichtert, daß die dem Reichsarbeitsministerium unterstellten Organisationen, die Landeslichter ihnen zu Gefallen sind.

Diesem Gedanken der brutalen Lohnhölle von Seiten der privaten Unternehmer schließt sich würdig auch der Kreis an, der Träger der Betriebe der öffentlichen Hand ist. Als Schrittmacher einer reaktionären Lohnpolitik muß auch der Reichsfinanzminister bezeichnet werden. Sein Streben geht dahin, eine Minimierung der Löhne für alle Arbeiter fiskalischer Regiebetriebe herbeizuführen.

Abgesehen davon, daß sich Februar 1930 die Löhne der Gemeindearbeiter um 23 Prozent und darüber hinaus senken mußten, erkräftigt man auch eine weitere Lohnsentung, unberücksichtigt dessen, daß mit den gegenwärtigen Löhnen der Lebensstandard kaum noch bestritten werden kann. Einer derart brisanten Auffassung in der Lohnfrage auch von den Vertretern der öffentlichen Hand, müssen wir uns zur Wehr setzen. Diese Art Mittel im Haushalt der Gemeinden einzusparen auf Kosten der Arbeiter, halten wir nicht nur für äußerst unmoralisch, sondern für höchst verwerflich. Wir erheben die Forderung, daß eine Nachprüfung in den Kreisen der oberen Beamten erfolgen muß, um festzustellen, ob nicht bei mancher Dienststelle eine Einsparung der oder jener Posten möglich wäre. Bei den Arbeitern soll nicht nur gespart werden am Lohn, man geht auch dazu über, Abgänge, die infolge Pensionierung, Tod oder Ausscheiden erfolgen, nicht wieder durch Neubestellung auszugleichen.

Die Folge ist, daß nicht nur ein systematischer Lohnbruch getrieben wird, sondern bei geringerem Lohn erhöhte Arbeitsleistung dadurch beibehalten ist. Dagegen uns zur Wehr zu setzen, ist unsere Aufgabe. Die Arbeiterschaft muß erkennen, daß Druck und Genendruck auslöst. Mit dem Kur-Wälzieren kommen wir den Dingen nicht bei. Unsere Aufgabe für die kommenden Wochen ist uns klar vorzugemaltes. Bereit sein, unsere Kräfte zu konzentrieren, um auch für die Abwehr gerüstet zu sein.

Die instruktiven Darlegungen des Kollegen Koch lösten eine Diskussion aus, in der Kampfeswille und Entschlossenheit zum Ausdruck kamen. Unsere Parole muß heißen, so wurde mit Inbrunnem gefordert: Bis hierher und nicht weiter. Es wurde die Frage aufgeworfen, warum soll denn gerade die Arbeiterschaft ihre Haut zu Markte tragen, um aus ihr Riemen schneiden zu lassen? Warum versucht man nicht noch andere Möglichkeiten, um eine Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse herbeizuführen.

Hätten die maßgebenden Instanzen, die mit einem gewissen Inbrunnem vorgetragenen Forderungen seitens der Arbeiterschaft nachkommen können, so würden sie ihren fortwährenden Treibereien auf Lohnabbau endlich aufhören. Auch kam in der Diskussion zum Ausdruck, eine härtere Stellung gegen die Totengräber der Arbeiterbewegung, der NSD, KPD und KZD, Nazi wie bisher einzunehmen. Wenn heute die Unternehmer brutaler als je in der Lohnhölle ergehen, so einzig und allein, weil sie glauben, daß durch die Zerissenheit der Arbeiterschaft ihr Weizen blüht. Deshalb sind und bleiben diese Verurteilten, die sich in der NSD, und der Nazi-betriebsorganisation bewegen, Verbrecher an der Arbeiterbewegung.

Diese Verammung war ein Appell an die Gemeindearbeiter, um den Säuglingen das Gewissen zu schärfen. gwh.

Aus aller Welt

Ehedrama in Köln — Frau und Kind erwürgt

Köln, 9. Mai. Der Elektromonteur Schorch stellte sich heute der Polizei mit der Selbstschätzung, seine Ehefrau und seinen 2½-jährigen Jungen erwürgt zu haben. Die polizeiliche Nachprüfung in der Wohnung in Köln-Ehrenfeld ergab die Richtigkeit der Angaben. Frau und Kind lagen tot nebeneinander unter einem Bett. Die Frau ist wahrscheinlich auf eheliche Streitigkeiten zurückzuführen. Gegen Schorch schwebt übrigens ein Verbot wegen eines Ende Januar an seiner Frau begangenen Mordversuches. Die Eheleute sind erst seit Dezember v. J. verheiratet, das Kind stammt aus der Zeit vor der Ehe.

Wirbelsturm über Savoyen

Paris, 9. Mai. Über Chambray und Umgegend ist heute nachmittag ein Wirbelsturm niedergegangen, der großen Schaden anrichtete. Sämtliche Verkehrsflächen innerhalb weniger Minuten bedrohlich an. Besonders gefährdet ist die Ortschaft Saintgenix sur Guiers, die in einem tiefen Tal liegt und von abtünenden Erdmassen bedroht ist.

200 000 M unterzogen

Berlin, 9. Mai. Wie heute bekannt wird, ist im Laufe der letzten Woche der ehrenamtliche Geschäftsführer des Flugverbands, Hauptmann a. D. Fichtmann, unter dem Verdacht, 200 000 M unterzogen zu haben, verhaftet worden. Er wurde in das Moabit-Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Das Bekinden Madonalds

London, 9. Mai. Die Wiederherstellung Madonalds macht nach der Operation am rechten Auge gute Fortschritte. Man rechnet damit, daß er ungefähr zwei Wochen in der Klinik bleiben muß.

Bombenanschlag auf das amerikanische Konsulat in Nagasaki

Nagasaki, 9. Mai. Auf das amerikanische Konsulat in Nagasaki (Japan) wurde heute vormittag ein Bombenanschlag verübt.

Die Effektenziehungen des Bankhauses Bernheim, Blum & Co.

Berlin, 9. Mai. Die Ermittlungen über die Effektenziehungen der Firma Bernheim, Blum & Co. auf Süddeutschland, wo der in dieser Sache in Vörsach verhaftete Kaufmann Martin Kuhn zweifellos noch Selbstschreiber geblieben ist. Gegenwärtig schwebt eine weitere Untersuchung gegen einen Berliner auf dem mündel Bankfirma unter den Verdacht, die in den Verdacht geraten ist, an ähnlichen Effektenziehungen beteiligt zu sein.

Schwere Explosion in einer Schuhmacherwerkstätte

Booke (Cumberland), 8. Mai. Im Untergeschoss einer Schuhmacherwerkstätte brach eine Feuerbrunst aus, die eine Explosion zur Folge hatte, ein Feuerwehmann wurde getötet, zehn Personen schwer verletzt. Mehrere Personen erlitten leichtere Verletzungen.

Zuchthaus für Ueberfall auf Geldbriefträger

Breslau, 7. Mai. Das erweiterte Schöffengericht Breslau verurteilte wegen versuchten Raubes den 27-jährigen Dentisten Erwin Hofmann und seinen Bruder Friedrich zu zwei Jahren sechs Monaten bzw. zwei Jahren acht Monaten Zuchthaus und je drei Jahren Ehrverlust. Die Beiden hatten Ende vergangenen Jahres in Breslau einen Geldbriefträger in ihr möbliertes Zimmer gelockt und mit einem Hammer niedergeschlagen. Der Briefträger lief unter Hilferufen aus der Wohnung, nachdem er sich von der ersten Betäubung erholt hatte. Zu einer Beraubung war es nicht gekommen.

Die Opfer der Einsturzkatastrophe in Lyon

Paris, 9. Mai. Die 301 der Opfer, die bei dem schweren Einsturzunfall in Lyon unter den Trümmern begraben worden sind, soll 38 betragen. Die Aufräumungsarbeiten werden ununterbrochen fortgesetzt.

Paris, 9. Mai. (Sig. Draht.) Unter den Trümmern der in Lyon eingestürzten Häuser sind inzwischen die Leiche einer Frau, deren Identität noch nicht festgestellt werden konnte, und die Leiche eines Kindes gefunden worden, der in einem Hause wohnte. Am Nachmittag sind die noch mit Einsturz drohenden Häuser durch Feldgeschütze zusammengebrochen worden. Daraufhin werden die Aufräumungsarbeiten mit größtem Nachdruck wieder aufgenommen werden.

Zum Tode Verurteilter erhängt sich

Dels, 9. Mai. Der Maschinenarbeiter Lobus aus Breslau hat sich heute in seiner Zelle im hiesigen Gerichtsgefängnis erhängt. Lobus war vor kurzem wegen Ermordung einer Hausangestellten zum Tode verurteilt worden. Seine Revision gegen das Urteil wurde vom Reichsgericht verworfen.

Todessturz

Wiesbaden, 9. Mai. Vom Turm der Sparrenburg stürzte sich gestern vormittag ein junges Mädchen in den Burghof hinab. Es war auf der Stelle tot. Das Mädchen hatte bereits vorher ver sucht, sich mit einer Rasierklinge die Pulsader zu durchschneiden.

Selbstmord wegen Fehlspekulation

Königsberg, 9. Mai. Der 41-jährige Getreidehändler Eugen Knoch hat heute nacht wegen Fehlspekulationen und wirtschaftlichen Schmierereien Selbstmord verübt.

Winterwetter im Riesengebirge

Vorbergen im Riesengebirge, 9. Mai. Im Riesengebirge und in den Vorbergen ist in der letzten Nacht zum Montag Schnee gefallen, der stellenweise bis zu acht Zentimeter hoch liegt. Heute früh herrschte auf dem Kamm acht Grad und auf den Vorbergen zwei Grad Kälte.

Kleine badische Chronik

Tödliche Motorradunfälle

Muggensturm (bei Rastatt), 9. Mai. Am Samstag mittags 2 Uhr verunglückte der 19jährige Emil Postweiler von Durlach-Aue mit seinem Motorrad auf der Straße Muggensturm-Neumalsh, etwa 1 Kilometer außerhalb Muggensturm. Er begegnete einem Lastkraftwagen mit Anhänger und blieb vermutlich mit der Lenkstange an die Wand des Anhängers, wodurch er zu Boden stürzte und sich eine schwere Schädelverletzung zuzog. Im Krankenhaus Rastatt, wohin der Verletzte gebracht wurde, starb er am Sonntag vormittags.

Kaakenstein, Amt Neustadt, 9. Mai. Der 53 Jahre alte Straßenwart Ludwig Kempf, Vater von sieben erwachsenen Kindern, wurde zwischen Memmenhausen und Salem von einem Motorradfahrer angefahren und so schwer verletzt, daß er gestern morgen gestorben ist.

Tragischer Tod

Malsh, bei Ettlingen, 9. Mai. Am Sonntag mittags machten etwa 600 Personen von Karlsruhe eine Wallfahrt nach Moosbrunn. Außerhalb des Ortes blieb ein etwa 60jähriger Mann etwas zurück. Ein hinzukommender Einwohner von Malsh konnte den Mann gerade noch auffangen, als er umfallen wollte. Gleich nachher verließ der bisher unbekannte Mann. Anscheinend hatte er Herzschlag seinem Leben ein Ende gesetzt. In seiner Tasche fand man Papiere auf den Namen Deubel. Wie festgestellt wurde, handelt es sich bei dem Toten um den Fabrikarbeiter Benedikt Deubel, der früher in Karlsruhe war und nun aber in der Pfalz festhaft gemacht hatte.

Ehe tragödie

Freiburg, 9. Mai. Das Ehepaar Heinrich Streib von hier, das erst seit einem halben Jahr verheiratet war, wurde heute früh mit schweren Schußverletzungen im Stierweg aufgefunden. Der 30 Jahre alte Mann, der von Beruf Schneidermeister war, hat zunächst seiner 22jährigen Frau und dann sich selbst mehrere Schüsse beigebracht. Die Frau verstarb nach kurzer Zeit, während der Mann schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Sein Zustand ist hoffnungslos. Als Grund der Tat werden eheliche Zwistigkeiten vermutet.

Unfälle

Kadolshell, 9. Mai. In Bohligen stürzte der 26 Jahre alte Gustav Hirt vom Gerüst eines Neubaus und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung mit Bluterguß. Er mußte bewußtlos vom Platze getragen werden.

Oberuldingen, 9. Mai. Beim Ausladen von Stammholz wurde heute morgen der 19 Jahre alte Adolf Berner von einem Baumstamm, der vom Wagen wieder heruntergefiel, so schwer verletzt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus starb.

Waldbach, 9. Mai. Der Handlanger Wehler von Wis (Naraun) stieß auf dem nassen Gerüst beim Kraftwerk Kinnaun aus und stürzte, so daß sein Kopf auf die scharfkantige Balkenwand aufschlug und ein Balken, den er auf der Schulter trug, ihm auch noch auf den Kopf fiel. Er erlitt starke Schädelverletzungen, die nach einigen Tagen zum Tode führten.

Neuenburg, 9. Mai. Der Gastwirt Groschmann in Banzheim stürzte vom Henshober und erlitt einen tödlichen Schädelbruch.

Unterrombach bei Bruchsal, 9. Mai. Einbruchversuch in ein Postamt. In der vorletzten Nacht verübten bisher noch unbekannte Täter einen Einbruch im hiesigen Postamt. Durch ein eingedrückttes Fenster gelangten sie in den Postraum und wollten den Kassenschrank öffnen. Dieser hielt aber Stand und unverrichteter Dinge mußten die Einbrecher abziehen.

Willingen, 9. Mai. Diebstahl. Die hiesige Staatspolizei nahm einen auf Wandererschaft befindlichen Metzger aus Trunfelsberg fest, der von der Staatsanwaltschaft Memmingen wegen zahlreicher Diebstähle ausgeschrieben war zur Verhaftung. Derselbe gab bereits 10 Fahrraddiebstähle zu, die er in verschiedenen Städten Württembergs und Badens ausgeführt hat. Die gestohlenen Räder hat er verkauft und den Erlös für sich verbraucht. — Anlässlich der Auflösung des Verbandes proletarischer Freidenker wurden hier Durchsuchungen vorgenommen, wobei verschiedene Schriftstücke beschlagnahmt wurden.

Freiburg i. Br., 9. Mai. In die geschlossene Schranke gefahren. Am Sonntag abend ist ein hier wohnender lediger Metzger mit seinem Motorrad in der Baslerstraße in die geschlossene Schranke der Hüllentalbahn hineingefahren. Er und sein Soziusfahrer wurden durch die Schranke vom Rade gestreift und erlitten Gehirnerschütterungen und andere Verletzungen, die eine Aufnahme in der Klinik notwendig machten. Das Motorrad kam auf das Geleise zu liegen. Eine ansiehende Lokomotive konnte noch rechtzeitig zum Halten veranlaßt werden.

Mannheim, 9. Mai. Hohes Alter. Vor einigen Tagen konnte Frau Johanna Stürmer, Ehefrau von J. Stürmer sen. in Mannheim, in jugendlicher Frische und bester Gesundheit ihren 75. Geburtstag im Kreise ihrer Familie, umgeben von ihren 10 Enkeln und mehreren Juaubfreunden, feiern. Im letzten Dezember feierte ihr Ehemann Stürmer, Staatlicher Lotteriereinnehmer und Lotterieuunternehmer, seinen 85. Geburtstag, ebenfalls in bester Gesundheit. Beide Ehegatten arbeiten täglich von morgens bis abends ununterbrochen in ihrem Geschäft, jahraus, jahrein.

Die Ausbesserungsarbeiten der Staatsstraße Herrenalß-Karlsruhe

Die wachsende Benützung der Staatsstraßen mit Kraft- und Lastwagen erfordert, daß die Straße Herrenalß-Karlsruhe, die sogenannte Altsalstraße, verbessert und verbreitert wird. Das badische Finanzministerium hatte hierzu beschränkte Kredite zur Verfügung gestellt. Gegenwärtig ist man mitten im Ausbau der hinteren Altsalstraße, die zwischen Frauenalß und der badisch-württembergischen Landesgrenze, also bis zum sogenannten „Steinhaus“ an den Grenzspalten von 3,00 Meter auf 5,50 Meter verbreitert wird. Die Arbeiten hofft man noch vor Pfingsten zu Ende führen zu können, um den einleitenden Kraftwagenverkehr über die Feiertage nicht zu behindern.

wirtschaft. Die Aera der nach amerikanischem Muster aufgezogenen Kleinunternehmungen sei vorbei und die Rückkehr zur schaffenden schöpferischen Hand des Einzelmannes die Lösung. Auch der Schmiedehandwerk habe seine Stellung in Ehren behauptet. — Ein Brief von E. B. H. (Freiburg) behandelte in einem Geschäftsbericht insbesondere die Preisfrage, wobei er der Erwartung Ausdruck verlieh, daß der Staat seine Aufgabe auf diesem Gebiete dem freien Wettbewerb überläßt, sobald aergetelte Verhältnisse wiederhergestellt seien. Aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn sei die Baden-leider sehr wenig herausgekommen. Man scheine die Not der Grenzlandbesitzer vergessen zu haben. — Die Landesversammlung der h. M. genehmigte Kassenbericht und Vorschläge und erließigte dann eine Reihe von Anträgen. Ein Antrag Mannheim auf Erhöhung der Gehaltszeit von drei auf fünf Jahre soll dem badischen Landtag am Freitag unterbreitet werden, damit er wegen einer entsprechenden Gesetzesänderung vorliegen werde. — Da der hiesige Landesvorsitzende, Liebert (Rast) eine Wiederwahl ablehnte, wurde der Obermeister S. E. H. von der Karlsruhe Schmiedemeister zum Landesvorsitzenden gewählt.

Gemeindepolitik

Die politische Betätigung der Beamten der Stadt Freiburg

Die seitens der badischen Regierung in der Landtagskammer vom 14. April 1932 bekanntgegebene und vom Landtag gebilligte Entschließung und Mahnung soll nach einem Beschlusse des Stadtrats Freiburg an die städtischen Beamten und Angestellten mit dem Antrage zur Kenntnis gebracht werden, daß die gleichen Anordnungen auch für die städtischen Beamten und Angestellten gelten.

10,3 Millionen Mark Defizit im Etat der Stadt Mannheim

Das Städtische Nachrichtenamt teilt mit: Der Voranschlagsentwurf der Stadt Mannheim für 1932 schließt nach Durchführung aller überhaupt noch möglichen Sparmaßnahmen mit einem Fehlbetrag von 10.304.530 M ab. Die Möglichkeiten einer auch nur teilweisen Deckung dieses Fehlbetrages können erst übersehen werden, wenn die Entschlüsse des Reiches über die Behebung der Finanznot der Gemeinden vorliegen.

Die Stadt Gernsbach und ihre Beamten

In der letzten Gemeinderatsversammlung kam auch die Verordnungs des badischen Staates zur Sprache, in welcher gegen die Beamten scharfes Vorgehen angedroht wird, die einer der radikalen Parteien angehören. Der Gemeinderat beschloß, gegen Beamte die einer politischen Partei angehören, nicht einzuschreiten. Der Gemeinderat konnte sich diesen Schritt schon deshalb leisten, weil u. A. kein Beamter der Stadt einer Partei angehört, gegen die sich die Verordnung des badischen Staatsministeriums richtet, und weil der Gemeinderat seinen Beschluß wieder ändern kann, falls es notwendig sein sollte.

Nun haben wir aber in Gernsbach ebenfalls eine Partei, die über politische Suppe auf dem Feuer anderer Bürgervertretungen zu kochen versucht. So auch mit dem oben erwähnten Beschluß. Der Führer wird mit diesem Beschluß große Propaganda gemacht, indem man ihn so auslegt, als ob der Gernsbacher Gemeinderat gegen den badischen Staat ist und von der Verordnung nichts wissen wolle. Man stellt Gernsbach in eine Reihe mit solchen Städten, die eine reine Nazi-Mehrheit haben oder aber mit diesen verpaßst und deshalb gegen die Verordnung ist. Mit andern Worten, man macht mit dem Gemeinderatsbeschlusse ein großes Theater, man tritt ihn recht breit und bängt ihn an die große Glocke, um die Statten zu füllen, man erhebt sich seit 1. Mai zwölfstündig.

Man sieht aber auch hier wieder wie die Propaganda der Nationalen die Gutgläubigkeit und Gütmütigkeit der andern Parteien ausnützen. Es ist an der Zeit, daß endlich einmal einsehend wird, daß die Nazis auch in Gernsbach mit jedem angenommenen oder abgelehnten Antrag nur das eine vorkhaben, Propaganda zu machen. Bisherig kommt es einmal das Zentrum hinter.

Volkswirtschaft

Zunters Flugzeugwerke vorübergehend stillgelegt

Wetzlar, 9. Mai. Die Stilllegung der Zunters-Flugzeugwerke ist nunmehr erfolgt. Es werden etwa 850 Arbeiter und 400 Angestellte betroffen. Die der in etwa 14 Tagen erfolgenden Wiederaufnahme des Betriebes wird nachrichtlich nur ein Teil der bisherigen Belegschaft wieder eingestellt werden. Freitag Abend sind bei den Angestellten und Arbeitern 150.000 Mark an Löhnen und Gehältern aus Reichsmitteln ausgezahlt worden. Die übrigen Werte des Konzerns sind von der Stilllegung nicht betroffen worden.

Anpassung der Vermögenssteuer an die eingetretene Wertveränderungen

Für die Vermögenssteuer 1932 wäre an sich noch die Veranlagung nach dem Stand vom 1. Januar 1931 maßgebend. Mit Rücksicht auf die seit dem Stichtage eingetretenen Wertveränderungen wird nunmehr eine Verordnung erlassen.

Marktberichte

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 9. Mai. Zufuhren: 44 Ochsen, Preise: 30-34, 28-30, 27-29, 25-27, 23-25, 22-23, 63 Bullen: 25-26, 23-24, 21-22, 18-21, 33 Kühe: 20-25, 12 Ferkeln: 31-37, 29-29, Zufuhr in Großvieh 272, 264 Kühe: 46-48, 49-46, 39-43, 27-32. Schweine nicht notiert, Schweine 1116, 39-41, 40-42, 41-44, 38-42, 36-38. Sauen 28-32. Geflügel: 1650 Stück. Notiz: Beste Qualität über Notis bezahlt. Tendenz: Großvieh und Schweine mittelmäßig, Kleiner Ueberstand, Kühe mittelmäßig, geräumt.

Kinder, Ehepaar sucht auf 1. Juli-2. Zimmerwohnung. Zu erfragen unter B 820 im Volksfr.

Große 3-Zimmerwohnung oder große 2-Zimmerwohnung und Laden in Neubau in sonniger Lage auf 1. Juli zu vermieten. Karl Hägele, Zur Altsalstraße, Friedrichstr. 12/111

Schöne 2-Zimmerwohnung ist sofort zu vermieten. Paradies, Kornweg 7, L. 1828

Möbl. Zimmer mit Kasse für 5,50 M. die Woche zu vermieten. Weranerstr. 1, 111

Kind wird in gute Pflege gegeben. Zu erfragen Schöfelstr. 29. 1852



Ich brauche nur
Hummels Rasiermesser
Karl Hummel, Werderstr. 13

Sitzung des Landesarbeitsgerichts vom 29. April

Der Redakteur F. Hagt gegen Druckerei Kruse-Philippsturm. Es ergibt Verurteilung, da Kläger nicht erschienen.

Die Klage des Schlossers S. gegen „Berka“-Karlsruhe wird verworfen, da Zeugniserklärung notwendig. — Wie bitter notwendig die Organisationszugehörigkeit der Arbeiterschaft ist, hat sich im Verlauf dieser Verhandlung klar herausgestellt. Wildfremd stehen die Rechtsanwälte dem Inhalt der Tarife gegenüber. Sie streiten um Paragraphen, die mit der Materie nicht im geringsten in Einklang stehen. So war auch die Klage für den Arbeiter aussichtslos aufgezogen. Auch das Arbeitsgericht Karlsruhe ließ sich — von falschen Voraussetzungen ausgehend — leiten und fällt ein Teilurteil, das so nicht aufrecht erhalten werden kann. S. hätte zu seinem vollen Recht kommen müssen, wenn er einen Organisationsvertreter gehabt hätte, der seine Klage richtig aufgezogen hätte. Darum Arbeiter und Angestellte, organisiert euch und bleibt eurer Organisation treu, denn sie steht euch als Schützer und Beschützer treu zur Seite in jeder Lebenslage.

D. Hagt gegen Druckerei Madloch wegen Entlassung. Es wird ein Vergleich abgeschlossen, wonach D. 450 M. erhält, zahlbar in monatlichen Raten von 150 M.

S. Hagt gegen Wimmer, Bahnhofswirtschaft, hier, wegen Entlassung. Klägerin war im Betriebsrat und genoh als solche den Schutz des § 96 des BGG. Das Arbeitsgericht Karlsruhe hatte dem Antrag der Klägerin in vollem Umfang stattgegeben. Die Beklagte hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Der Vertreter der Klägerin, Herr Göller macht sich die Sache äußerst leicht, indem er den Antrag stellte, die Klage auszuliegen, da mittlerweile gegen die Klägerin eine Anzeige wegen Meineid erfolgt sei. Gleichzeitig drohte er dem VAG, daß wenn seinem Antrage nicht stattgegeben würde, er Verhandlungen ablehne. Das VAG gab darauf die richtige Antwort. Es lehnte den Antrag ab, wies die Berufungsklage ab und verurteilte die Beklagte, an die Klägerin den Betrag von 383,04 M. Gehalt nebst Entschädigung für Kost und Logis und 39,43 M. Urlaubsentchädigung, sowie die Kosten beider Rechtszüge zu zahlen. Mit Recht wies das VAG darauf hin, daß ein Betriebsratsmitglied nur entlassen werden kann, wenn entweder ein zustimmender Beschluß des Betriebsrates vorliegt, oder in einer Vollstreckung des Betriebsrates rechtmäßig gefaßt wurde, oder an dessen Stelle eine Entscheidung des AG herbeigeführt wird. Das schriftliche Einverständnis eines Teils oder der Mehrzahl des BR-Mitglieds genügt nicht. Auch dem Antrag des Rechtsbeistandes der Beklagten, die Klage auszuliegen, konnte das Gericht nicht stattgeben, da eine Anzeige wegen Meineids nicht gleichbedeutend sei mit Verdacht. Im übrigen sei die Anzeige gegen die Klägerin von dem Beklagten ausgegangen und stütze sich auf eine Auslage unter vier Klagen, d. h. der Klägerin und dem Beklagten.

Verlaßt wird die Klage E. gegen die Baubauartze „Waterhaus“ Wetzlar. Das Gericht schlägt den Parteien vor, einen Vergleich abzuschließen. Die Parteien fordern Bedenkzeit bis zum 2. Mai.

Das Lehrmädchen F. Hagt gegen Firma Weber u. Co. Rastatt, wegen Entlassung. Die Firma wurde stillgelegt, da sie von einem Konzern aufgekauft wurde. F. wurde einheimisch, in Schwemingen das Lehrverhältnis fortzusetzen oder entlassen zu werden. Das VAG. Rastatt verurteilte die Firma zur Zahlung. Dagegen legte die Beklagte Berufung ein. Das VAG. schlägt den Parteien einen Vergleich vor, an die Klägerin 150 M. zu zahlen. Die Parteien wollen darüber beraten. Bei Nichteinigung erfolgt Urteil am 10. Mai 1932.

Chefredakteur: Georg Schödlin. Verantwortlich: Politt, Kreiskant Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Kultur, Aus der Welt. Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: S. Grundmann; Groß-Salstraße, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Württemberg, Gerichtsamt Karlsruhe, Umgebungs, Sozialistisches Kampfbüro, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Giffels. Verantwortlich für den Einzelgenetel: Gustav Krüger. Schriftliche Wohnhaft in Karlsruhe.

Gewerkschaftliches

Streik im Berliner Möbeltransportgewerbe

20. Berlin, 9. Mai. Im Berliner Möbeltransportgewerbe ist heute ein Streik ausgebrochen. Am Samstag hatte der Schlichtungsausschuss einen Schiedsspruch gefällt, der einen 10prozentigen Lohnabbau ab 1. Juni vorsah. Die Erklärungsrufe läuft bis zum Pfingstmontag. Die Arbeitgeber lehnten die vorgeschlagene Regelung unmitelbar nach ihrer Verkündung ab und beschloßen, von heute ab den geplanten Lohnabbau durchzuführen. Demgegenüber stellen sich die Arbeitnehmer auf den Standpunkt, daß das Vorgehen der Arbeitgeber ungerecht sei, weil die Erklärungsrufe noch laufe.

Spliet im Reichswirtschaftsrat. An Stelle des verstorbenen Redakteurs Paul Umbreit vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund tritt Franz Spliet, Sekretär der sozialpolitischen Abteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat ein.

Gewerkschaftsliteratur. In der Schriftenreihe des Bundesverbandes des ADGB über Sitten und Formen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit ist heute ein weiteres Heft erschienen. Es handelt sich „Zehn Jahre gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Berlin“ und stammt aus der Feder von Fritz Friede. Der Preis beträgt 2,20 M. (Organisationspreis 1,50 M.). Das neue Heft verdient besondere Beachtung; denn die Geschichte der Berliner Gewerkschaftsbewegung ist auch ein Stück Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

Tagungen

Tagung des Landesverbandes Baden im Bund deutscher Architekten

In Heidelberg tagte Samstag und Sonntag der badische Landesverband im BVD. Bei der Kundgebung in der Stadthalle begrüßte Regierungsbaumeister Lindner die Erschienenen, darunter besonders den Oberbürgermeister, die vertretenen Reichs-, Staats- und Stadtschörden, die Vertreter der Geisteswelt, der Unterfrucht und der Schulen sowie die Berufsvereinigungen. Die Hauptrede hielt Regierungsbaumeister Franke, in der er verlangte, daß der deutsche Architekt in die Verantwortung der öffentlichen Verwaltung eingeschaltet werde. Hierum habe sich der badische Innenminister in dankenswerter Weise und mit voller Konsequenz bemüht, was leider aber nur eine rühmliche Ausnahme bilde. Die Einstellung der öffentlichen Verwaltungen schade dem Architektenberuf mehr als das Sinken der Wirtschaftskurve. Es herrsche eine drückende Not unter den Architekten.

Am Sonntag vormittags wurde die Ausstellung der Ortsgruppe Heidelbergs im BVD. „Das billige Haus zum festen Preis“ beschlachtet. Diese Ausstellung findet vom 7. Mai bis 3. Juni statt. Die Ausstellung ist ein erster Versuch, um zu zeigen, daß der Wunsch nach einem eigenen Heim erfüllt werden kann. Es soll eine jährlich wiederkehrende Einrichtung Heidelbergs werden.

Die badischen Schmiedemeister tagen

Ueber Sonntag fand in Karlsruhe im Colosseumsaale die sehr gut besuchte Landesversammlung des Verbandes selbständiger badischer Schmiedemeister statt, nachdem am Abend zuvor die Karlsruhe-Zucker-Schmeldebestimmung über 25jähriges Bestehen durch ein Bankett gefeiert hatte. Den Verhandlungen wohnten auch Vertreter der Ministerien des Innern und Unterrichts, des Landesgewerkeamts, der Handwerkskammer Karlsruhe, der Landwirtschaftskammer, der gewerblichen Spitzenverbände und Fachorganisationen bei. Alle befaßten in kurzen Ansprachen ihr Tagesinteresse an der Tagung. Präsident J. E. M. A. n. n. unterließ kein Lebenswille des deutschen Handwerks und seine Bedeutung für Staat und Volkswirtschaft.

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

10. Mai.

1521 Satiriker Sebastian Brant. — 1760 *Rouget de L'Isle. — 1871 Friede von Frankfurt a. M. — 1878 *Gustav Stresemann. — 1906 I. russische Reichsдума eröffnet. — 1909 *Maler Ludwig Zürling. — 1921 Reichskabinett Dr. Wittk. Eintritt von Sozialdemokraten.

Das Proletarierauto

Wir werden noch lange mit ihm fürlieb nehmen müssen, mit dem feuerfreien Einspurauto und Allwetterverkehrs- und Transportmittel, dem Fahrrad.

Es ist meines Wissens augenblicklich zwar kein Jubiläum fällt und die Gefahr, daß das Goethejahr nun von einem Dreisjahr abgelöst werden müßte, besteht Gott sei Dank nicht; Karlsruhe came ja aus der Bestimmung gar nicht mehr heraus. Kaum haben wir den Geburtstag des Großen Wolf hinter uns mit Freibier, ausgefallenen Paraden und anschließendem Hitterball, und schon haben neue Feste? Ach Gott, ich fürchte daß der Götter Reide, ob all des Ueberflusses an Ursachen zur Freude. Doch der selbige Dreisjahr Karl von Drais vernichtet uns nicht nur sich aus durch die Wahl seines Geburts- oder Todesjahres zu besonderem Gedenken jetzt. Wenn wir des Fahrrades gedenken, das wir vielleicht bis zu einem gewissen Grade tafelfähig der Idee unseres Herrn einfließen Mitsüßers verbanden, dann deshalb, weil wir die unendliche Dienstbereitschaft dieses bescheidenen Freundes anerkennen wollen.

In Wind und Wetter, in Schnee und Glutbise ist es gleich dienlich, der weite Weg zur Arbeitsstelle wird durch den freien Gefährten im Bruchteil der sonst erforderlichen Zeit zurückgelegt. Wie mobil ist auch der verschlagene Knochen nach schwerer Tagesarbeit in einer anders gerichteten Bewegung die verkampften Muskeln zu lösen. Anprustos tut unser Rad tan aus, togen seinen Dienst, unbedacht, selbstverständlich ohne Dank. Nur das Notdürftigste wird ihm erwärt, — wenn es sonst nicht mehr einzieht immer freilich ist es so. Es gibt auch treue Kameradschaft zwischen Mensch und Maschine. Wer auf den Genossen angewiesen ist, weiß ihn zu schätzen.

Und wie sehr lobt sich ein bißchen Diebe. Läuft er am Sonntag nicht viel folger und freier dahin, unser Gaul, wenn wir ihm am Sonntag nachmittags eine Stunde Pfluge und ein paar Tropfen Öl geopfert haben? Es hat nämlich auch eine Seele, unser Stahlrad. In ihm schwingen doch die Gedanken und Sorgen der taubenden Menschen, die zu seiner Vollendung als Kumpel im tiefen Schacht des Bergwerks bis zum schweißtriefenden Kuli der Gummiplantagen, beitragen. Jeder richtige Radfahrer hat es schon erlebt, dieses Verbundenheit mit dem Scheinbar toten Material. Bei ausdauernden Abfahrten im Gebirgslande überkommt es uns besonders hart — dieses Erkennen. Wenn jetzt ein kleiner Teil der Last, wenn die Kette bräche, wenn die Gabel zu Bruch ginge, welche Folgen könnte das haben? Wie dankbar ist der Bild nach beendeter gefährlicher Abfahrt mit dem wir unsere Maschine besetzen. Und wir rufen in Gedanken die unbekannten Genossen, die in treuer Arbeit mit peinlichster Sorgfalt diese vollendete Maschine geschaffen. Leider hält diese Dankbarkeit oft nicht lange vor. Undank ist der Welt Lohn, das wird wohl so bleiben — und Unvernunft scheint nur zu oft der Menschheit sicherer Befehl zu sein.

Mein zwölfjähriges Mädchen fährt mit dem Rad in die Schule. Sie hat ein eigenes Verhältnis zu ihrem Behälter. Der Karren ist nicht mehr ganz jung, er flappert stets irgendwo. Wenns zu arg wird, erhält er von der jungen Fahrerinnen einen Trit. — Wert, wie überhaupt sehr oft mit Erlöse. — Von dem unvernünftigen Menschenjungen nimmt er dies hin und pariert. Wenn ich dies Mittel versuchen wollte, müßte ich den Versuch mit 6 Mark Reparaturkosten zahlen. Es scheint bei den Fahrern wie bei den Menschen zu sein: Von einem netten Mädchen werden sie alles einlassen, daß das Mittel nicht immer wirksam zu sein scheint, habe ich im Herbst in der Weinend beobachtet.

Ein ansehendes sonst hieherer Familienvater konnte noch wegen des Reiten den Schwung in den Sattel nicht recht herausbringen. Alle Versuche endeten auf der Landstraße, bald er unten, bald es oben. Begehrlich, daß der Mann böse wurde. So ein Drecksarren, so ein verdammter. Wari, die gab ichs. Und mit ein paar gut liegenden Substritten waren Schönheit und Gestalt dahin. Willentlich ist in der Seele des so mißhandelten Menschenwerkes ein dauernder Narx zurückgeblieben. Nichts ist schmerzlicher zu tragen als Unrecht und schwarzer Unand.

Undank dafür, daß ihm kein Dienst zu schwer, kein Weg zu weit ist. Gibt es überhaupt ein bewertliches Ding, das nicht schon mit dem Proletarierlieferwagen alias Fahrrad transportiert worden wäre? Kleinkinderwagen und Möbelwagen, Tourenauto und Kerner, Gaswagen und Fernwundenttransportmittel — einfach für alles ist es zu gebrauchen, unerschöpflich sind die Möglichkeiten. Wie die schmeißt, sein Mädchen vorn drauf zu setzen und auf leisen Sohlen schweißtriefend aus der Stadt zu schleichen, hat merkwürdigerweise die hohe Politik kein rechtes Verständnis. Aber die hartnäckenden Motorradfahrer dürfen ihre Boop hinten drauf setzen. Obwohl der gemeine Kradler von allein schon langsam tut, wenn er mit seiner Sosta den Dirchbudel hinaustrampelt.

Nicht immer ist die Maschine ein Segen für den Menschen gewesen. Wenn es auch nur ihr Mißbrauch ist, der so viele Millionen zu Feinden der arbeitenden Menschen werden ließ, Millionen Arbeitswilliger sind von diesem falschen Gebrauch von ihrer Arbeitsstätte verdrängt worden. Diesen Vorwurf brauchen wir dem Massenverkehrsmittel Fahrrad nicht machen, es war nur Freude und dem Menschen — und wird es noch lange bleiben. B.

Schiffverkehr im April 1932

Der Wasserstand des Oberrheins hat im April 1932 verhältnismäßig wenig geschwankt. Am Bezel zu Maxau betrug er am 1. April 390 Zentimeter, stieg unter Schwankungen auf 436 Zentimeter am 10. d. M. und sank dann unter Schwankungen bis auf 389 Zentimeter am Ende des Monats. Der Wasserstand war im April 1932 für die Großschiffahrt günstiger als im März 1932. Zur Fahrt nach Karlsruhe waren im April 1932 nur an einigen Tagen Schiffsleistungen erforderlich.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im April 105 Güterboote und Motorfahrzeuge sowie 271 Schleppfähnen angekommen und 103 Güterboote und Motorfahrzeuge sowie 298 Schleppfähnen abgegangen. Der Verkehr mit Güterbooten und Motorfahrzeugen war hiernach im April 1932 wesentlich stärker als im März 1932 und im April 1931, ebenso war der Verkehr mit Schleppfähnen im April 1932 erheblich

Karlsruhe im Sommerluftverkehr

Die Badische Landeshauptstadt hat am 1. Mai ds. Js. ihren Sommerflugbetrieb wieder aufgenommen. Bereits die ersten Tage ließen starke Nachfragen nach Passagen in Richtung Köln, Berlin und München erkennen. Wenn auch die Hauptreisezeit erst Ende Mai oder Anfang Juni beginnt, so dürfte doch jetzt schon bei einigermaßen günstiger Witterung eine befriedigende Frequenz voraussichtlich sein, da in diesem Jahre die Flugpreise erneut sehr erheblich ermäßigt und auf vielen Strecken dem Tarif der 2. Klasse Schnellzug angelehnt sind. Dem von Fluggästen oft geäußerten Wunsch nach größerer Schnelligkeit wurde seitens der Luft-Hansa ebenfalls Rechnung getragen. Auf fast allen Linien tritt eine Verkürzung der Flugzeiten gegenüber den Flugzeiten der Vorjahre ein. Wenn also nicht alles trübt, wird im deutschen Luftverkehr eine erfreuliche Belebung erfolgen, die im Lande Baden den Fluggaststädten Karlsruhe, Mannheim, Baden-Baden, Freiburg und Konstanz zugute kommt.

Wie in den Vorjahren verfügt Karlsruhe in diesem Sommer über eine große Anzahl guter Schnellverbindungen nach fast allen deutschen und europäischen Großstädten. Diese Luftverbindungen können als sehr vorteilhaft bezeichnet werden, wenn man bedenkt, daß sie etwa nur ein Drittel der Zeit der Eisenbahnfahrt bedeuten. Berlin wird in 4 Stunden 45 Minuten, Wien in 4 Stunden 50 Minuten, München in 1 Stunde 55 Minuten, Budapest in 6 Stunden 25 Minuten erreicht.

Nach Norden sind die Luftverbindungen eher noch schneller und günstiger: Der Passagier kann von Karlsruhe aus Köln in 3 Stunden 5 Minuten, Amsterdam in 5 Stunden 55 Minuten, London in 8 Stunden 15 Minuten, Hamburg in 5 Stunden 10 Minuten erreichen.

Die seit 6 Jahren besogene badische Schwarzwaldlinie wird auch in diesem Jahre Karlsruhe über Baden-Baden-Freiburg mit dem Bodenseegebiet verbinden. Die Flugzeiten liegen so günstig, daß der Passagier aus dem badischen Oberlande bereits am 10 Uhr 35 Minuten eintrifft, hier während des Vormittags und des Frühsnachmittags keine geschäftlichen Besuche oder Besprechungen in aller Ruhe erledigen und um 16.30 Uhr von Karlsruhe wieder in Richtung Freiburg-Konstanz abfliegen kann. Dabei kostet der Flugpreis nur 25 M. gegenüber einem Eisenbahntarifpreis 2. Klasse

2. Zug von 22.60 M. Die badische Schwarzwaldlinie gehört zu den interessantesten und schönsten Luftstrecken Deutschlands. Sie geht von Karlsruhe bis Freiburg dem Rheintal entlang und bietet bei gutem Wetter einen herrlichen Blick auf Vogesen und Schwarzwald. Von Freiburg überfliegt das Flugzeug auf seinem Wege nach dem Bodensee Schauenland und Hällental, während es den Feldberg zur Rechten liegen läßt. Kurz nach dem Start in Freiburg ist bereits das Bodenseegebiet mit den hohen Schweizerbergen im Süden zu sehen. Die Schwarzwaldlinie hat sich auch im Laufe der Jahre bei den Luftreisenden so gut eingebürgert, daß die Frequenz dieser Strecke im Vorjahre die drittbeste aller deutschen Strecken gewesen ist.

Die Luftlinie von Karlsruhe nach Stuttgart erfreut sich ebenfalls lebhafter Beteiligung Karlsruher und Stuttgarter Beamten- und Handelskreise. Die Flugzeit von 30 Minuten bei einem Flugpreis von 8.50 M. ist gegenüber der Eisenbahnfahrt von zwei Stunden und einem Fahrpreis 2. Klasse von 9.40 M. als recht günstig zu bezeichnen.

Karlsruhe hat auch im Jahre 1932 die beste Anwartschaft, wie bisher der am besten frequentierte Flughafen zu bleiben, würde seiner im In- und Auslande bekannten wunderrollen Lage am Eingange des nördlichen Schwarzwaldes.

Zum Luftverkehr im allgemeinen

ff noch folgendes erwähnenswert: Die Grenze für das Freige-
päck ist auch in Deutschland von 10 auf 15 Kilogramm erhöht worden. Angesendet werden 44 deutsche Strecken mit Passagieren und Fracht besogen. 4 Linien sind lediglich für Post- und Frachtdienst eingerichtet. Das Flugnetz verbindet 30 ausländische und 51 deutsche Flughafenstädte. Die tägliche Flugleistung der Luft-Hansa stellt sich auf 44.000 Kilometer, mit den ausländischen Gesellschaften zusammen auf 63.000 Kilometer. Zum erstenmal ist eine Linie von Berlin nach Rom über Mailand bzw. Venedig eingerichtet bei einer Flugdauer von 9 1/2 Stunden und bei einem Flugpreis von 180 Mark.

Rom deutschen Luftverkehr kann mit Genutunung festgehalten werden, daß er sich als vollwertiges Glied im internationalen Luftverkehr durchgesetzt hat.

stärker als im April 1931, dagegen schwächer als im März 1932, was in der Hauptache durch die günstigeren Wasserstandsverhältnisse zu erklären ist.

Der Umschlagverkehr im Karlsruher Rheinhafen war im April 1932 um rund 2000 Tonnen schwächer als im März 1932, aber um rund 49.000 Tonnen größer als im April 1931.

Kapitalismus - Faschismus - Sozialismus

Ueber dieses Thema sprach in einer auf bejagten Mitgliederversammlung des F.D.M. Ortsgruppe Karlsruhe im Gartenhof des Moninger am vergangenen Freitag, den 6. Mai 1932 das Mitglied des Verbandsvorsitzendes Kollege Fritz Schröder, Berlin. Er ging davon aus, daß ein nicht geringer Teil Schuld an der heute so genannten politischen Situation auf die politische Unterernährung gewisser Volksteile zurückzuführen sei. Man spricht in Deutschland herum, daß der Kapitalismus ausgereizt habe. Wir müssen uns die Frage stellen, wo haben wir heute ökonomisch und politisch in Deutschland. Ein Veraleich kapitalistischer Kriege der Vorkriegszeit mit der Krise von heute zeigt wesentliche Wertmaßunterschiede. In der Vorkriegszeit wurden die Kriege des Kapitalismus durch dessen eigene Automatik wieder behoben. Diese Automatik bestand darin, daß durch die Konkurrenz neben dem Fellen der Löhne und Gehälter ein noch größeres Sinken der Preise zu verzeichnen war. So konnte sich oft noch das Realeinkommen großer Bevölkerungsteile heben, die stärkere Kaufkraft brachte die Wirtschaft wieder in Schwung. Der Periode der großen Pleiten folgte immer bald wieder eine Periode großen Warenbedarfes und damit wirtschaftlicher Konjunktur. Die ersten Störungen in diesem kapitalistischen Konjunktursystem brachte die Kriegsplanwirtschaft und die immer größere Ausmaß annehmenden Kapitalkonzentrationen der Nachkriegszeit. Insbesondere letztere schalteten die gesamte Automatik im kapitalistischen Konjunktursystem aus. Heute wissen sich die Herren Kapitalisten aus der Krise nicht mehr mit taugetlichen Mitteln zu retten, während der Privatmann früher noch mit seinem Unternehmen fast persönlich verbunden war, ist er heute nur noch ein Werkzeug des Finanzkapitals. Selbst die Oberklasse der Finanzaristokraten haben den Glauben an einen noch langem Bestand des kapitalistischen Systems verloren. Der Redner zeigte dies an Zitaten aus persönlichen Briefen solcher allmächtigen Finanzmagnaten. Diese Unwissenheit um die Zukunft läßt die Kapitalisten auch immer mehr politisch in die Irre gehen. Sie treiben Politik des Schwachsinnes. Es geben Mittel zur Hebung der Krise an, die vom ökonomischen Standpunkt aus gerade lächerlich anmuten; denken wir nur an die Behauptung mangelnder Kapitalbildung, zu hoher Löhne und Gehälter, zu kurzer Arbeitszeit usw. Der Unternehmer verlangt vom Staat, daß er die Opfer dieser falschen Wirtschaftspolitik verlorde. Dies kommt in unserer Sozialversicherung drastisch zum Ausdruck. Der Ruf, der Staat müsse eingreifen, wobei man nur an die Hilfe der Kapitalisten denkt, bedeutet Faschismus. Es ist sehr bezeichnend, daß gerade die Hauptfinanzier der Reichslisten die großen Pleitemacher sind, die vom Staat verlangen, daß man sie wieder aus der Politik zieht. Der Nationalsozialismus ist der große Minderwertigkeitskomplex der Nation. Der Faschismus ist deshalb so gefährlich, weil ihm keine geschlossene Arbeiterklasse gegenübersteht.

Der Redner gefielte die falsche politische Taktik der heutigen Kommunisten und gab Trost recht, wenn er verlangt, jetzt alle kleinen Bedenken zurückzustellen und nur dafür zu sorgen, daß dem Faschismus eine geschlossene Front der Arbeiterklasse gegenübergestellt wird. Die eiserne Front könnte das Sammelbecken für diese Einigung des Proletariats sein. Neben den politischen Aufgaben hat die eiserne Front auch ein ökonomisches Ziel. Dieses besteht darin, den Staat dazu zu zwingen, nicht nur den weitestgehenden Unternehmen zu helfen, sondern auch dem Arbeitnehmer beizustehen, wenn er in Gefahr kommt. An Hand des Wirtschaftsprogrammes des Afa-Bundes, welches ein Gegenwartsprogramm ist, schilderte Koll. Schröder unsere diesbezüglichen Forderungen. Insbesondere schälte er dabei die Forderung nach Sozialisierung der Wirtschaftsmotoren, das ist Sozialisierung des Bankkapitals, der Scherminbüttre und des Großgrundbesitzes heraus. Wir haben nicht ein, warum wegen einiger wenigen taufenden Menschen ein Millionen-volk hungern soll. Wenn es ums geht, den Faschismus zu befeugen, dann wird die Zeit des Sozialismus da sein. Jeder einzelne

mus mit seiner Kraft und Person sich für dieses Ziel einsetzen; nur dann wird der Sieg unser sein.

Der Redner erntete für seine vorläufigen Ausführungen reichen Beifall. Nach einer kurzen Diskussion konnte der Vorsitzende Kollege Schäfer die Versammlung mit Worten des Dankes schließen.

(-) Schöffelfeier. Sonntag vormittag haben sich draussen beim Schöffelfest die Freunde des Dichters, zu einer kleinen Schöffelfestabendfeier zusammengefunden. Wie alljährlich, so führte auch in diesem Jahr der Gelangverein „Concordia“ zusammen mit Herrn Blum diese Feierstunde zu Ehren des Dichters durch. Sie stand zudem noch unter einem besonderen Stern des 10. Jubiläums und wurde deshalb auch vom Südkant übernommen. Einleitend sang der Gelangverein „Concordia“ zwei Chöre. Hans Blum, der von dem Dichter heilerem Gemüte sprach, brachte dann einiges aus dem Dichters Werk über den Frühling, aus dem Gedächtnis, dem Trompeter von Säckingen und nicht zuletzt etwas vom Durk, den der Redner auch nicht verachtet hat. Die anwesenden Schöffelfreunde dankten mit reichem Beifall dem Künstler für seine Vorträge. Vom autem Stimmmaterial zeugten dann nochmals zwei Chöre der Concordia. Die Uebertragung durch den Rundfunk hat durch das einsetzende Gelächte einer nahen Kirche stark gelitten.

(-) Plakatkonert. Anschließend an die Schöffelfeier gab die Plakatwelle ein Plakatkonert. Auch als leichter Regen einsetzte, hörte die mußbegeisterte Schär mit hochgeschlagenem Krage, bei einem recht kalten „Maimetter“ noch Stilk um Stilk an. Wäre das Wetter schöner gewesen, hätte monder noch an dieser kleinen Feier teilgenommen.

(-) 50 Jahre Sänger des deutschen Liedes. Zum 50jährigen Sängerjubiläum des Mitalliedes Hs. Maier hatte der Arbeiterbildungsverein Karlsruhe e. V. am Sonntag einen Ehrenabend arrangiert. Das Vereinsheim des Wilhelmstagen konnte die ersehnten Gäste kaum fassen. Feierlich sang die Gelangabteilung eingangs ein Loblied. Unter den Festrednern hatte zunächst der Sängervorstand das Wort. Mit Anerkennung und Bewunderung sprach er von der 50jährigen Tätigkeit des Jubilars, der dem Verein 25 Jahre in Randau und gleichviel in Karlsruhe als Sängervorstand angehört. Auch von anderen Rednern wurde der Jubilar gefeiert und ihm die „Silberne Nadel“ sowie ein hübscher Geschenkkorb überreicht. Hingebungsvoll und begeistert führte der Chormelster Herr Franz Müller seine Sänger durch die Schönheiten des Liedes. Die Chormitglieder hat er straff im Zügel. In allen Gefängen entwickelten die Sänger einen Eifer, der mitritzt. Fr. Konzertängerin Hedwig Sexauer brachte mit ihrem fülligen und kräftigen Sopran Erstes und Beiteres lebendig und mit angenehmer Gelassenheit zu Gehör. Am Flügel begleitete Fr. Anne Umer gemessen, anschniegelam und leichtfüßig. Der junge Cellist, Herr Franz, gab sich große Mühe und erreichte einen warmen Ton in den technisch schon anspruchsvollen Cello-Solis. Zutage tretende leichte Himmungen vermochte er mit Energie zu überwinden. Übung für die Reinheit besonders in der Höhe, werden ihn zu einem gerne gehörten Spieler machen. Vor dem anschließenden Ball setzte man mit der Walsermelodie des ewig neuen Johann Strauß „In der schönen blauen Donau“, diesem Born an Melodie, mit vollem Stimmenaufwand und wienerischer Herzlichkeit den Darbietungen die Krone auf, so daß man wiederholen mußte. Schlußchor: „Freue und Einigkeit“, dem deutschen Volke und hauptsächlich auch der Arbeiterschaft als ernste Mahnung gewidmet. — Pf.

(-) Mittwoch-Nachmittagskonzert im Stadgarten. Gutes Wetter vorausgesetzt, findet am kommenden Mittwoch, 11. Mai, im Stadgarten von 13.30-18 Uhr ein Nachmittagskonzert statt, das vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn R. K. Gahr ausgeführt wird. Diese Nachmittagskonzerte erfreuen sich beim hiesigen Stadgartenpublikum stets besonderer Beliebtheit, weshalb auch an dieser Stelle der Besuch nur empfohlen werden kann. Bekanntlich gelten an den Mittwoch-Nachmittagen die verbilligten Eintrittspreise, worauf ebenfalls hingewiesen sei.

(-) Arbeiter-Radiobund, Ortsgr. Karlsruhe, Freitag, 13. Mai, 8 Uhr abends, Vortrag über Transformatoren. Ab 8 Uhr Kaffeln. (Kranke Apparate.) Gäste herzlich willkommen.

